

Aalener Jahrbuch 1978

Herausgegeben vom Geschichts-
und Altertumsverein Aalen e. V.

Bearbeitet von Karlheinz Bauer

Konrad Theiss Verlag
Stuttgart und Aalen

Die Flächenstadt Aalen – Chancen und Probleme

Ulrich Pfeifle

Aus einem Vortrag, den Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle am 5. Oktober 1977 an der Volkshochschule Aalen hielt

Die Chancen zu erkennen und zu nutzen, setzt eine kurze Bestandsaufnahme voraus. Vor 7 Jahren bestand die heutige Stadt Aalen aus 8 selbständigen Gemeinden. Zentrale Kräfte strahlten damals lediglich die Stadt Aalen, die 37 000 Einwohner zählte, und in gewissem Umfang noch Wasserralfingen und Unterkochen aus. Zu denken ist dabei beispielsweise an die Fachhochschule, an die weiterführenden Schulen, an die kulturellen Einrichtungen, an die Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung. Die übrigen Gemeinden beschränkten sich im wesentlichen auf die Versorgung *ihrer* Einwohner. Dieser Zustand konnte bei den total veränderten Lebensverhältnissen nicht beibehalten werden. Die kleineren Gemeinden waren zwar noch in der Lage, quantitative Mängel bei den öffentlichen Einrichtungen unter großen Anstrengungen zu mildern oder zu beseitigen. Nun aber wurde ein Zeitabschnitt erreicht, in dem die geforderte Quantität größtenteils befriedigt ist. Der Bürger bewertet seine Gemeinde nach der Qualität des Fortschritts, und der mobile Mensch wählt *die* Gemeinde zu seiner Heimat aus, die ihm am meisten Fortschritt dieser Art bietet. Unter den deutlich erkennbaren stagnierenden wirtschaftlichen Verhältnissen konnte nur die Zusammenfassung der Kräfte in dem Raum, der ohnehin auf allen Gebieten miteinander verflochten war, die Lösung sein.

Was wurde nun erreicht? Aalen ist mit heute 65 000 Einwohnern die fünfzehntgrößte Stadt des Landes Baden-Württemberg. Vor Aalen rangieren außer den Oberzentren des Landes lediglich noch die Städte Eßlingen und Ludwigsburg. Der Fläche nach folgt Aalen den Städten Stuttgart, Karlsruhe und Leutkirch sowie der Gemeinde Bayersbronn. Darin liegt auch begründet, daß wir Aalen als Flächenstadt qualifizieren müssen. Die Bevölkerungsdichte beträgt nämlich in Stuttgart 3043 Einwohner je qkm, in Ludwigsburg 2600, in Eßlingen 2250, in Villingen-Schwenningen 540 und in Aalen 450.

Von der Gemarkungsfläche mit 146 qkm sind rd. 21 qkm bebaut oder für Verkehrs- oder sportliche Zwecke genutzt. Das entspricht 14 % der Gesamtfläche. Aalen verfügt deshalb von der Fläche her über ein großes Entwicklungspotential.

Die sinnvolle Nutzung dieses Entwicklungspotentials erfordert eine umfassende Planung, die üblicherweise auf das Zieljahr 1990 ausgerichtet ist. Dabei ist aber von vornherein klarzustellen, daß in diesem Zeitraum mit keinen weltbewegenden Zuwachsrä-

ten zu rechnen ist, weder was die Bevölkerungsentwicklung, noch was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt.

Welche Chancen räumt der Landesentwicklungsplan Aalen ein?

Die Zielsetzung für den Raum Aalen ergibt sich aus den übergeordneten, überörtlichen und zusammenfassenden Festlegungen im Landesentwicklungsplan, nämlich

1. aus dem Grundsatz, für alle Teile des Landes gleichwertige Lebensbedingungen anzustreben. – Dieser Grundsatz besitzt nach den Verlautbarungen der Landesregierung sehr hohe Priorität, und wir tun gut daran, sie hieran immer wieder zu erinnern.
2. aus der zentralörtlichen Funktion der Stadt Aalen als derzeitiges Mittelzentrum,
3. aus der Lage der Stadt Aalen an den Entwicklungsachsen

(Schorndorf)–Schwäbisch Gmünd–Aalen,

Aalen–Heidenheim–Giengen–(Dillingen),

Aalen–Bopfingen–(Nördlingen),

Aalen–Ellwangen–Crailsheim–(Bad Mergentheim),

4. aus der Zuordnung der Stadt Aalen zum Verdichtungsbereich Aalen–Heidenheim.

Darüber hinaus stellt der Landesentwicklungsplan Grundsätze und Ziele für die einzelnen Sachbereiche auf und formuliert Ziele der Landesplanung für die einzelnen Regionen. Für die Region Ostwürttemberg ist vorgesehen,

1. daß die Bevölkerungszahl mindestens gehalten wird und Zuwanderungen aufgenommen werden können, und daß der Leistungsaustausch innerhalb der Region und mit benachbarten Räumen verstärkt wird sowie daß die Region an dem allgemeinen Fortschritt teilnimmt,
2. daß die Stadt Aalen als Mittelzentrum auszubauen ist,
3. daß die Entwicklungsachsen von Aalen in die Richtungen Schwäbisch Gmünd und Heidenheim sowie in die Richtungen Bopfingen und Ellwangen entsprechend auszubauen sind,
4. daß geeignete Erholungsräume zu entwickeln sind.

Der Landesentwicklungsplan gründet diese Thesen darauf, daß die geplante Bundesautobahn Würzburg–Aalen–Ulm–Bodensee für die Entwicklung des Raumes ausschlaggebend sein wird. Es fehlen im Augenblick weitere qualifizierte Arbeitsplätze besonders im Dienstleistungsbereich. Damit ist die Gefahr einer rückläufigen Entwicklung der Bevölkerung verbunden. Der Plan erkennt auch, daß die überregionalen Wirtschaftsbeziehungen durch Ausbau des Verkehrsnetzes zu verbessern sind und insgesamt durch die Beseitigung der Strukturschwächen eine Verbesserung der Lebensbedingungen anzustreben ist. Eine wichtige Aussage enthält der Landesentwicklungsplan mit der Feststellung, daß dem Gebiet Ostalb–Hohenlohe ein leistungsfähiger und gut erreichbarer zentraler Ort großstädtischer Prägung fehlt, der es mit hoch-

qualifizierten Leistungen versorgen könnte. Im Rahmen des zentralörtlichen Systems sollte diese Lücke im ostwürttembergischen Raum im Verlauf der weiteren Entwicklung geschlossen werden.

„Aalen ist verkehrsgünstig gelegen und kann zusammen mit seinem ebenfalls stark wachsenden Nahbereich eine Einwohnerzahl erreichen, die eine dafür ausreichende Ausstattung trägt.“ Diese Aussage trifft der Landesentwicklungsplan.

Das Land hat zu Recht erkannt, daß auf Dauer gesehen Ostwürttemberg nicht die einzige Region ohne Oberzentrum bleiben kann, einfach deshalb, weil das Fehlen eines solchen Oberzentrums sich nachteilig auf die ganze Region auswirkt. Es ist auch naheliegend, ein solches Oberzentrum im Zentrum der Region auszuweisen und nicht an deren Peripherie. So ist verständlich, daß der Landesentwicklungsplan schon 1971 Aalen als Oberzentrum vorgesehen hat.

Schließlich sieht der Landesentwicklungsplan die Verdichtung von Bevölkerung, Arbeitsstätten, Verkehr und Wirtschaftskraft in den Entwicklungsachsen im Westen und im Süden von Aalen als günstig an. Ausreichende Freiflächen in den Tälern sind zu sichern. In den Entwicklungsachsen im Osten und Norden von Aalen können die Standortvoraussetzungen verbessert werden. Die natürlichen Voraussetzungen der Landschaft sind für eine Strukturverbesserung zu nutzen.

Der Landesentwicklungsbericht von 1975 zog Bilanz über die Verwirklichung der Zielvorstellungen und über eine etwa notwendige Fortschreibung des Landesentwicklungsplans. Für die Region Ostwürttemberg ist als Ergebnis festgehalten, daß die Bevölkerung seit den 60er Jahren den geringsten Zuwachs unter allen baden-württembergischen Regionen aufweist. Die Wanderungsverluste sind wesentlich höher als der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen u. a. in einer einseitigen Wirtschaftsstruktur, in der die gewerblichen Erwerbsstellen eindeutig vorherrschen. Unsere Region weist den geringsten Besatz an tertiären Erwerbsstellen auf. Eine Verbesserung der Verhältnisse in diesem Bereich läßt sich auch nach dem Landesentwicklungsbericht langfristig nur erreichen, wenn auch in dieser Region ein Oberzentrum geschaffen wird.

Für die Stadt Aalen ist bei der nunmehr anstehenden Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes wesentlich, daß an diesen Aussagen nicht gerüttelt wird. Es genügt allerdings nicht, daß die Zentralität Aalens anerkannt wird. Es muß vielmehr alles unternommen werden, damit diese Eigenschaft ausgebaut wird. Die Stadt ist auf vielen Gebieten dabei, dies zu tun. Als Beispiele dafür können im Einkaufsbereich die anlaufende Innenstadtanierung, die Bemühungen um den Bau eines Kaufhauses des gehobenen Genre am Süden des Marktplatzes und die beabsichtigte Erweiterung des Einkaufszentrums im Industriegebiet West genannt werden.

Im kulturellen Bereich wurde am 17. September 1977 das Geologisch-Paläontologische Museum eingeweiht, eine weithin anerkannte und ausstrahlende neue Einrichtung. Das Heimat- und Schubartmuseum wird ab 1978 in neuer Aufmachung zur Ver-

fügung stehen. Im Stadtbezirk Wasseralfingen ist ein Eisenmuseum geplant, das im dortigen Schloß untergebracht werden soll. Darüber hinaus wurde vom Gemeinderat beschlossen, ein Kulturzentrum zu bauen, in dem die Stadtbibliothek und die Volkshochschule eine zweckentsprechende Unterbringung erfahren sollen. Durch die geplante Erweiterung des Limesmuseums und die beabsichtigten Ausgrabungen im Kastellbereich wird Aalen seinen Ruf als Zentrum der Limesforschung weiter festigen können.

Auf schulischem Gebiet wird gegenwärtig eine Realschule in Wasseralfingen gebaut, das Schubart-Gymnasium erfährt eine Erweiterung, anstelle der Gartenschule soll im Greut eine Grundschule entstehen. Das neue Berufsschulzentrum des Landkreises im Weidenfeld ist ebenfalls begonnen. Für das Theodor-Heuss-Gymnasium wird ein Anbau geplant. Ohne Rücksicht auf die Schulträgerschaft verfügt Aalen gegenwärtig über 6 Gymnasien, 3 Realschulen, 7 Hauptschulen, 13 Grundschulen und 3 Sonderschulen. Nach der Fertigstellung des Berufsschulzentrums durch den Landkreis wird im jetzigen Zentrum auf dem Galgenberg eine weitere Realschule errichtet. Nicht zuletzt fordert die Stadt einen weiteren Ausbau der Fachhochschule mit allen zur Verfügung stehenden Kräften.

Die Infrastruktur im sportlichen Bereich ist ebenfalls auf dem Weg einer wesentlichen Verbesserung. Erst vor kurzer Zeit sind die Turnhallen in Dewangen und Unterrombach in Betrieb genommen worden. Eine neue, dreiteilige Sporthalle im Greut konnte im Mai 1978 den Sportlern übergeben werden. Beim Häselbach-Stadion in Unterkochen wird ein Umkleidegebäude gebaut. Spielfelder sind in jüngster Zeit in Ebnat, Waldhausen und im Greut hergestellt worden. Mit dem Umbau des Spiesel-Stadions soll 1978 begonnen werden. Die Stadt fördert außerdem das Vorhaben des MTV, der eine Tartanbahn anlegen will. Die beabsichtigte Erweiterung der Turnhalle durch die TSG Hofherrnweiler-Unterrombach erfährt ebenfalls die Unterstützung durch die Stadt. Eine große Aktion läuft zur Zeit auch bei den Bädern. Danach wird das Freibad Hirschbach spätestens bis zur Saison 1979 ein Schwimmer-, ein Nichtschwimmer- und ein Springerbecken haben und beheizbar sein. Im Freibad Spiesel werden die Badebesucher bald die Annehmlichkeiten eines beheizten Freibads registrieren können. Das Hallenbad erhält ein weiteres Becken und ein Kinderplanschbecken. – Nach Abschluß all dieser Maßnahmen wird Aalen ein abgerundetes Sportstättenangebot aufweisen können.

Aussagen des Regionalplanentwurfs

Das zweite, für die Entwicklung unserer Stadt wichtige Planwerk ist der Regionalplan, der demnächst von der Regionalverbandsversammlung der Region Ostwürttemberg zu verabschieden ist. Der Regionalplan hat die Aufgabe, die Aussagen des Landesent-

wicklungsplans für die Region zu konkretisieren. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß zur Region Ostwürttemberg der Ostalbkreis, und damit die Mittelzentren Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen und der Kreis Heidenheim und damit das Mittelzentrum Heidenheim gehören. Nach dem Regionalplanentwurf soll Aalen genauso als Mittelzentrum ausgebaut werden wie die drei anderen Mittelzentren Schwäbisch Gmünd, Heidenheim und Ellwangen. Der Mittelbereich der Stadt soll den Nahbereich Aalen umfassen, der sich auf das Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft und Abtsgmünd, Bopfingen, Kapfenburg, Neresheim und Oberkochen erstreckt. Die Kernzone von Aalen soll zusammen mit Heidenheim und Ellwangen in die Raumkategorie Verdichtungsgebiet einbezogen werden. Schwäbisch Gmünd gehört danach zu der Raumkategorie Randzone um den Verdichtungsraum Stuttgart.

Nach unserer Auffassung ist im Regionalplanentwurf die besondere Stellung der Stadt Aalen innerhalb der Region nicht ausreichend berücksichtigt. Darauf wurde in der Stellungnahme des Gemeinderats hingewiesen. Aalen ist der geographische Mittelpunkt der Region und liegt an vier Entwicklungsachsen. Die darin liegenden Möglichkeiten sind zugleich Chancen, die bestehenden Strukturschwächen des Mittelbereichs Aalen und des gesamten östlichen Teils der Region Ostwürttemberg auszugleichen. Die Aufgabe der Stadt Aalen innerhalb der Region besteht geradezu darin, zu der dringend erforderlichen Strukturverbesserung für den größeren östlichen Teil der Region beizutragen und dabei die besonders günstigen Standortvoraussetzungen innerhalb der Region zu nutzen. Um die Voraussetzungen für einen angemessenen Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern, muß besonders eine zunehmende Verschlechterung der Mindestausstattung mit Versorgungseinrichtungen und Arbeitsmöglichkeiten durch die Förderung von Gewerbeansiedlung und von Dienstleistungs- und Handelseinrichtungen verhindert werden. Aus demselben Grund bemüht sich die Stadt Aalen zur Zeit auch um Aufnahme in den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als Schwerpunktort.

Als größte Stadt zwischen Stuttgart und Augsburg, zwischen Ulm und Nürnberg ist Aalen für die Übernahme oberzentraler Funktionen geradezu prädestiniert.

Entwicklungsplanung, Flächennutzungsplan

Die Ausführungen über den Landesentwicklungs- und den Regionalplan machen deutlich, daß es dabei mehr um die Voraussetzungen für die Nutzung der Chancen der Stadt Aalen geht. Die Entwicklungsplanung und die Flächennutzungsplanung entsprechen dagegen der planmäßigen Ausnutzung der Lage im örtlichen Bereich.

Ein wesentliches Argument für die Gemeindereform war, daß innerhalb örtlicher Lebens- und Wirtschaftsräume auch eine Planung erfolgt, die letztlich von *einem* politischen Willensträger ausgeht. Wichtiges Instrument hierfür ist der Flächennutzungs-

plan. Die Stadt Aalen hat sich zur Feststellung eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes zu einer Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Essingen und Hüttlingen zusammengeschlossen.

Der Flächennutzungsplan soll Auskunft über die städtebauliche Entwicklung im Gesamtgebiet der Verwaltungsgemeinschaft bis 1990 geben. Um dieses ganz entscheidende Planwerk vorzubereiten, wurde vom Büro Dr. Wick, Stuttgart, eine sog. Entwicklungsplanung ausgearbeitet.

Der Entwicklungsplan erhebt die Koordinierung der Wohn-, Industrie-, Erholungs- und Freizeitflächen sowie die Verbesserung und Abstimmung infrastruktureller Einrichtungen im Interesse einer geordneten Entwicklung zum Primat.

Bezüglich der Stärkung und des Ausbaues der Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen folgt der Plan den Forderungen des Landesentwicklungsplans.

Die Entwicklungsplanung geht aus von einer zentralen Stadteinheit, die gebildet wird aus den Stadtbezirken Aalen und Wasseralfingen. Als Bindeglied zwischen beiden Einheiten soll im Westbereich ein regional bedeutsamer Dienstleistungsstandort angesiedelt werden.

Einen breiten Raum innerhalb des Entwicklungsplans nimmt die Bewahrung der Landschaft ein. Als Oberziele gelten die langfristige Sicherstellung der Regenerationsfähigkeit des Landschaftshaushalts, die Berücksichtigung natürlicher Standortqualitäten für Landnutzungsformen, der Ausbau geeigneter Teile der Landschaft für die Erholung sowie die Wahrung der ästhetischen Werte und der besonderen Eigenart des Landschaftsbildes. Unsere Landschaft ist ein unersetzbares Kapital. Das Streben nach dem Oberzentrum darf nicht dazu führen, daß Verhältnisse wie im mittleren Neckarraum angestrebt werden, wo die Landschaft systematisch zerstört wurde. Deshalb ist bei allen Planungen auch den Gesichtspunkten der Landschaft, der Ökologie ein hoher Rang einzuräumen.

Zur weiteren Siedlungsentwicklung enthält der Entwicklungsplan folgende wichtige Aussagen:

Die Ausweisung neuer Wohngebiete muß an dem tatsächlich sich ergebenden Wohnflächenbedarf orientiert werden. Dabei sind günstige Mischungen verschiedener Wohnungsarten ebenso anzustreben wie die Anpassung an bestehende Wohngebiete. Bei anstehenden Umstrukturierungen und Sanierungen der Kerne und Kernrandbereiche muß ein qualifiziertes Wohnungsangebot in angemessenem Umfang erreicht werden. Im Raum ist die Siedlungsentwicklung so zu lenken, daß keine nachteiligen Verdichtungserscheinungen auftreten. Die Stadtteile und Gemeinden sind in Funktion und Gestalt als ein Stadtbereich mit polyzentrischer Gliederung zu entwickeln. Als Siedlungsschwerpunkte für weitere Wohnbebauung gelten die Stadtbezirke Aalen (Westbereich), Unterrombach und Wasseralfingen (Westbereich). Nach den Aussagen der Planer ist der Stadtbezirk Unterkochen durch Umstrukturierung und Sanierung als besonderer Schwerpunkt der Entwicklung so zu fördern, daß er seine Ergän-

zungsfunktion zum Kernbereich von Aalen weiterhin voll wahrnehmen kann. Die übrigen Stadtbezirke sowie die Gemeinden Essingen und Hüttlingen erhalten die Eigenschaft von Siedlungsteilen mit Erweiterungsmöglichkeiten. Sie haben entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit unterschiedliche Ergänzungsfunktionen zu den Siedlungsschwerpunkten. Das heißt:

a) natürliche Entwicklung

b) Berücksichtigung der vorhandenen Infrastruktur.

Das Angebot an Arbeitsstätten muß in der Weise gefördert werden, daß möglichst viele Einwohner im Raum entsprechend ihren Bedürfnissen einen Arbeitsplatz haben. Das Angebot an industriellen und gewerblichen Arbeitsplätzen ist deshalb im Bereich von Unterkochen, Aalen und Wasseralfingen zu sichern und im Bereich Hüttlingen/Goldshöfe zu erhöhen. Dabei muß eine ausgewogene Branchenstruktur an der Vielseitigkeit und Krisensicherheit der Arbeitsplätze ausgerichtet werden. Im tertiären Bereich ist das Angebot an Arbeitsplätzen wesentlich zu erhöhen. Diese Arbeitsplätze sollen in den Siedlungsschwerpunkten Aalen und bedingt in Wasseralfingen in Zuordnung zur Aalener Innenstadt im Zusammenhang mit bestehenden Einrichtungen sowie zwischen diesen beiden Schwerpunkten ausgewiesen werden.

Die Aussagen des Entwicklungsplanes sind nun in den Flächennutzungsplan zu übertragen. Dort kommt ganz konkret zum Ausdruck, an welchen Standorten wie viele Hektar zur Bebauung bis 1990 vorgesehen sind.

Verkehrsmaßnahmen

Der Bau der Autobahn als wichtiger Impuls für die angestrebte Entwicklung wurde bereits angesprochen. Die Tatsache, daß diese zweite Nord-Süd-Straßenverbindung von den nordischen Staaten über Hamburg–Kassel–Würzburg–Ulm–Österreich–Italien bis Sizilien bereits in einem vor 40 Jahren entwickelten Plan enthalten war und bis heute gerade in unserem Raum noch nicht gebaut ist, macht deutlich, wie vernachlässigt Ostwürttemberg auf diesem Gebiet wurde. Nach dem augenblicklichen Stand soll der Anschluß bei Westhausen bis 1984 von Süden her erreicht werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Vernunft siegen wird und die Autobahn durchgehend von Ulm bis Würzburg vierspurig ausgebaut wird.

Der *Ausbau der B 29* auch von Schwäbisch Gmünd bis Aalen wird unseren Raum der Landeshauptstadt näherbringen. Das ist ein wichtiger Faktor für die Entscheidung von Dienstleistungs- und Industrieunternehmen, sich in unserem Raum niederzulassen. In diesen Zusammenhang gehört vorrangig die Neutrassierung der B 29 als Umgehung der Kernstadt und der Stadtbezirke Wasseralfingen und Hofen. Diesem Straßenstück (Westumgehung) fällt die großräumige Funktion einer Ost-West-Verbindung, die verkehrliche Entlastung des Kernbereichs, die äußere Erschließung der

Kernstadt, von Wasseralfingen sowie der künftigen Siedlungsschwerpunkte, die Anbindung des geplanten Industriegebiets Hüttlingen/Goldshöfe an das übergeordnete Verkehrsnetz und nicht zuletzt die Funktion als Zubringer zum Autobahnanschlußpunkt bei Westhausen zu.

Der Durchgangsverkehr auf der B 19 aus Richtung Heidenheim in Richtung Schwäbisch Hall ist durch den Anschluß dieses Verkehrswegs über die Westumgehung zu führen. Auch die B 290 aus Richtung Ellwangen muß an die B 29 neu angeschlossen werden. Sie dient neben der Erfüllung regionaler Aufgaben der Anbindung des Gewerbeschwerpunkts Hüttlingen/Goldshöfe an den nördlichen Raum.

Im Rahmen der regionalen Verkehrswege muß die L 1165 Abtsgmünd, Essingen, Bartholomä an die neue B 29 angeschlossen, für Essingen und Lauterburg eine Umgehung gebaut und zwischen Lauterburg und Bartholomä eine neue Trasse gewählt werden. Die L 1084 Neresheim–Aalen bedarf eines Ausbaues im Bereich von Ebnat mit Herstellung des Autobahnanschlusses.

Der überörtliche Verkehr ist dringend zu verbessern durch einen Ausbau der L 1080 zwischen Grauleshof und Vierwegzeiger und von Hammerstadt bis Abtsgmünd. Das gleiche gilt für den Ausbau der L 1076 in Waldhausen und Ebnat, die Verbesserung der L 1085 im Bereich von Waiblingen und der K 3311 von Hüttlingen bis Aalen.

Kommunalverfassungsrechtliche Grundlagen für die Integration

Die in der Zukunft liegenden Aufgaben können nur zufriedenstellend und für die ganze Region trächtig gelöst werden, wenn jeder einzelne mit vollem Einsatz zu den auf demokratische Weise zustande gekommenen Entscheidungen steht. Die Stadt Aalen ist seit der Gemeindereform ein sehr heterogenes Gebilde. Städte und Gemeinden der unterschiedlichsten Struktur wurden zusammengewürfelt. Rein ländlich geprägte Teile gehören ebenso zur Stadt wie industriell geprägte Teile. Dem entspricht natürlich auch eine sehr unterschiedliche Mentalität der Bevölkerung in den einzelnen Stadtbezirken. Es kommt nun darauf an, trotz der vorhandenen und absolut nicht negativen Unterschiede zu einem einheitlichen Stadtbewußtsein zu kommen. Dies kann auf die unterschiedlichste Weise geschehen. Eine Reihe positiver Ansätze ist schon sichtbar. Um die kommunalverfassungsrechtlichen Instrumente darzustellen, die die Integration ermöglichen sollen, ist zunächst das System der Ortschaftsverfassung zu erwähnen.

Trotz des Prinzips der Einheitsgemeinde hat die Stadt Aalen den eingegliederten Gemeinden die Ortschaftsverfassung angeboten. Mit der Stadt Wasseralfingen ist ebenfalls im Rahmen einer Vereinbarung diese Organisationsform ausgehandelt worden. Die Ortschaftsräte werden direkt vom Volk gewählt. Eine Ausnahme macht hier die frühere Gemeinde Waldhausen, weil es zur Zeit ihrer Eingliederung die Ortschafts-

verfassung noch nicht gab. Die bürgerchaftliche Ebene wird aber dort durch den Bezirksbeirat vertreten, dessen Mitglieder allerdings vom Gemeinderat bestellt werden. Ortschaftsräte und der Bezirksbeirat sind Verbindungsglieder zwischen den Einwohnern der Stadtbezirke und der Stadtverwaltung sowie dem Gemeinderat. Den Ortschaftsräten steht ein in der Hauptsatzung gesichertes Entscheidungsrecht in den Angelegenheiten zu, die im Aufgabenkatalog der Eingliederungsvereinbarungen enthalten sind und einen Aufwand von 150 000,- DM nicht überschreiten. Dies entspricht der Zuständigkeit, wie sie die beschließenden Ausschüsse des Gemeinderats haben. Im übrigen muß der Ortschaftsrat in wichtigen anderen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, gehört werden. Das Vorschlagsrecht dieser Gremien ist unbegrenzt. Dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung liegt alles daran, einen möglichst weitgehenden Konsens mit den Ortschaften zu erreichen. Ein gutes Beispiel dafür ist, daß die Entwicklungsplanung in einem Stadium, in dem die Anregungen der Ortschaftsräte noch in die politische Willensbildung einfließen konnten, in jedem Ortschaftsrat und im Bezirksbeirat Waldhausen beraten wurde.

Natürlich sind weitere integrierende Faktoren im Gemeinderat selbst zu sehen. Dies gilt schon für die Zahl der Stadträte. An sich schreibt die Gemeindeordnung für Gemeinden mit mehr als 50 000, aber nicht mehr als 150 000 Einwohnern eine Zahl von 40 Stadträten vor. Aus Gründen der unechten Teilortswahl ist die Zahl der Gemeinderäte auf 48 erhöht worden. Das entspricht der Gemeindegrößengruppe von 150 000 bis 400 000 Einwohnern. Es ist ein Merkmal der Flächenstadt, daß zahlreiche, räumlich abgetrennte Stadtteile vorhanden sind. Diesen Wohnbezirken wird durch die sogenannte unechte Teilortswahl im Gemeinderat eine Vertretung gesichert. Die Bevölkerung der neuen Stadtbezirke kann ihre Interessen in der Tat richtig vertreten sehen, wenn einschließlich Unterrombach 28 Mitglieder des Gemeinderats aus diesen Stadtbezirken kommen. Der Stadtkern stellt 20 Mitglieder dieses Gremiums. Wichtig ist außerdem, daß 13 Stadträte gleichzeitig den Ortschaftsräten bzw. dem Bezirksbeirat angehören. Sie können zwischen Gemeinderat und den Gremien in den Stadtbezirken ausgleichend wirken.

Mit diesen Ausführungen konnten die Probleme der neuen Stadt Aalen nur angerissen werden. Die angesprochenen Themen sind aber augenblicklich die wichtigsten. Die Art ihrer Lösung wird den Rang dieses Gemeinwesens in der Zukunft mitbestimmen. Vieles, was dazu nötig ist, muß auf privatwirtschaftlicher Ebene geschehen. Die Stadt kann dazu nur mithelfen oder, anders ausgedrückt, den Boden bereiten. Alle Bürger müssen aber mithelfen, das hochgesteckte Ziel zu erreichen.